



Protokoll
Vorstandssitzung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
06.11.2012 (letzte Sitzung: 04.10.2012)

Ort	Arbeiterkammer Wien Konferenzsaal	
Beginn	11:05 Uhr 12:05 Uhr	
TeilnehmerInnen		
Vorstandsmitglieder:	Tumpel Präs (Vorsitz) Kaske VP Kollermann VP Stein VP Utzig VP Blauensteiner Brantner Fetik Foglar Kniezanrek Ledwinka Stranzl Teiber Kludak Pöttl Tamandl (entschuldigt) Rösch (entschuldigt) Schütz (entschuldigt) Paiha	
Beratend	Muhm Dir Aschauer-Nagl BL Ficzko BL Chaloupek BL Kundtner DirStv Trenner BL	
Vom Büro	Stockerer (Betriebsrat) Blum Marcon (Betriebsrat) Mitterlehner Mulley (Protokoll)	

Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 06.11.2012

- 1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.10.2012**
- 2 Beschlüsse**
 - 2.1 Subvention 2012
 - 2.2 Zusammensetzung des Vorstandsausschusses „Bauten und Investitionen“
 - 2.3 Zuweisung der Anträge der 158. Vollversammlung am 17.10.2012
 - 2.4 Änderungen in den Ausschüssen
 - 2.5 Änderungen in den Fachausschüssen
- 3 Berichte**
 - 3.1 Bericht des Präsidenten – Tumpel**
 - 3.2 Bericht des Direktors – Muhm**
 - 3.3.1 „Österreichs Kammern als Preis der Sozialpartnerschaft“ – Beitrag Neue Zürcher Zeitung 7.9.2012 und „Zur Rolle der Kammern Österreichs“ – Gegendarstellung Neue Zürcher Zeitung 9.10.2012
 - 3.3.2 Aktueller Bericht
 - 3.3 Beratung – Trenner**
 - 3.3.3 Kündigung in der Elternteilzeit?
 - 3.3.4 Aktueller Bericht
 - 3.4 Bildung – Aschauer-Nagi**
 - 3.4.1 Studie zum künftigen Qualifikationsangebot und -bedarf
 - 3.4.2 Bildung auf einen Blick (Education at a Glance) 2012
 - 3.4.3 Studierenden-Sozialerhebung 2011
 - 3.4.4 Studie Qualität im Arbeitsumfeld
 - 3.4.5 AK-Veranstaltung Kommunaler Ausverkauf
 - 3.4.6 Mehr Transparenz für Telekomkunden
 - 3.4.7 Richtlinienvorschlag Wohnimmobilienkredit
 - 3.4.8 AK-Veranstaltung Lehrling und Konsum
 - 3.4.9 Aktueller Bericht
 - 3.5 Information - Ficzeko**
 - 3.5.1 Corporate Governance Kodex
 - 3.5.2 Aktueller Bericht
 - 3.6 Soziales – Kundtner**
 - 3.6.1 Arbeitsmarktdaten – Oktober 2012
 - 3.6.2 Jugendliche ohne betriebliche Ausbildungsplätze – September 2012
 - 3.6.3 Die elektronische Gesundheitsakte - ELGA
 - 3.6.4 Entwurf eines 2. Sozialversicherungs-Änderungsgesetzes 2012
 - 3.6.5 Fehlzeitenreport 2012
 - 3.6.6 Sozialpartnerklausur zum Thema Lehrlingsausbildung
 - 3.6.7 Veranstaltungen
 - 3.6.8 Aktueller Bericht

3.7 Wirtschaft – Chaloupek

- 3.7.1 Die aktuelle WIFO-Prognose für Österreich
- 3.7.2 Vermögenserhebung der OeNB
- 3.7.3 Ökostromgesetz – Beschwerde bei der EU-Kommission wegen vermuteter unzulässiger Beihilfen
- 3.7.4 AK-Treibstoff- und Heizölpreisanalyse
- 3.7.5 Öffentliche Dienstleistungen in Freihandelsabkommen
- aktuelle Auseinandersetzung über Ausnahmeklausel
- 3.7.6 Netzwerk Allianz pro Schiene Österreich – Regionalbahnresolution
- 3.7.7 Positionspapier Elektromobilität
- 3.7.8 Aktueller Bericht

4 Allfälliges

Tumpel begrüßt die SitzungsteilnehmerInnen und ersucht um Genehmigung der Tagesordnung.

Beschluss:

Die Tagesordnung der Vorstandssitzung vom 06.11.2012 wird genehmigt.

⇒ einstimmig angenommen

1 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.10.2012

Tumpel ersucht um Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 04.10.2012.

Beschluss:

Das Protokoll der Sitzung vom 04.10.2012 wird genehmigt.

⇒ einstimmig angenommen

2 Beschlüsse

2.1 Subventionen 2012

Nr	Antragsteller	gefördert 2011	neuer Antrag 2012	Beschluss
1	Verein Christliches Vereinshaus	10.000,00 €	10.000,00 €	10.000,00 €
2	Netzwerk Soziale Verantwortung	3.500,00 €	6.048,00 €	3.500,00 €

⇒ einstimmig angenommen

2.2 Zusammensetzung des Vorstandsausschusses „Bauten und Investitionen“

Beschluss:

- Laut Beschluss des Vorstandes der AK Wien in seiner konstituierenden Sitzung am 24.06.2009 setzt sich der Ausschuss Bauten und Investitionen wie folgt zusammen:
Der/die Vorsitzende und weitere 5 Mitglieder werden von der FSG nominiert. Der stellvertretende Vorsitzende wird vom ÖAAB nominiert, je ein Mitglied von FA und AUGE/UG.
Der Direktor nimmt an den Sitzungen des Ausschusses mit beratender Stimme teil.
- Kollege **Norbert Bacher-Lagler** scheidet als Mitglied im Ausschuss Bauten und Investitionen aus. Die Fraktion FSG nominiert an seiner Stelle **Rudolf Kaske**.
- Zusammensetzung:

Funktion	Mitglied	Fraktion
Vorsitzende(r)	VP Josef Utzig	FSG
	Präs Mag Herbert Tumpel	FSG

	VP Rudolf Kaske	FSG
	VP Renate Lehner	FSG
	VP Dr. Dwora Stein	FSG
	Albert Stranzl	FSG
Vors.-Stellvertreter(in)	Bernhard Kludak	ÖAAB
	Ing Bernhard Rösch	FA
	Kludia Paiha	AUGE/UG
⇒ einstimmig angenommen		

2.3 Zuweisung der Anträge der 158. Vollversammlung am 17.10.2012

Muhm gibt bekannt, dass der Antrag 16 des ÖAAB bzgl Urheberrecht auch den Ausschuss für Bildung und Kultur zugewiesen werden soll.

Fraktion	Nr.	Thema	Abstimmungsergebnis	Ausschusszuweisung
FSG	R1	Stabilisierung von Konjunktur und Arbeitsmarkt in wirtschaftlich schwierigen Zeiten	Annahme mehrheitlich	Wirtschaftspolitik
	R2	Wir brauchen gute Pensionen auch für die heute Jüngeren - Ein Umstieg zu einem „beitragsdefinierten“ Pensionskonto ohne Bundesbeitrag wird abgelehnt	Annahme einstimmig	Allg. Sozialpolitik, Arbeitsrecht u Rechtspolitik
	1	Mehr europäische Mittel für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Integration von jungen Menschen in den Arbeitsmarkt	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
	2	Arbeitsmarktpolitik in Wien strategisch ausrichten: Jugendliche beim Berufseinstieg unterstützen, gering qualifizierten ArbeitnehmerInnen Möglichkeiten zu beruflicher Ausbildung geben, Beschäftigungschancen für <u>gesundheitlich beeinträchtigte und ältere ArbeitnehmerInnen verbessern</u>	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
	3	Beschlüsse der Sozialpartner vom Herbst 2011 voll umsetzen: Bonus-Malus-Regelung zur Stabilisierung der Beschäftigung älterer ArbeitnehmerInnen rasch erarbeiten und in Kraft setzen	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
	4	Gleichbehandlung von MigrantInnen auf Betriebsebene: Untertaufen von Mindeststandards Riegel vorschieben	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
	5	Änderung der Auszahlung des Arbeitslosengeldes auf den 1. des Monats	Annahme mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
	6	Effiziente Maßnahmen zur Unterbindung des Sozialbetrugs	Annahme einstimmig	Allg. Sozialpolitik, Arbeitsrecht u Rechtspolitik
	7	Eine Präventionsoffensive für Österreich!	Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung u Gesundheitspolitik
	8	Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2012	Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung u Gesundheitspolitik
	9	EU-Gelder für Soziale Dienstleistungen	Annahme mehrheitlich	Frauen- u Familienpolitik
	10	Verbot des „Kleinen Glücksspiels“	Annahme mehrheitlich	Jugendschutz u Lehrlingswesen
	11	Verbesserungen beim Kündigungsschutz zum Erhalt bestehender Arbeitsplätze	Annahme mehrheitlich	Allg. Sozialpolitik, Arbeitsrecht u Rechtspolitik
	12	Novellierung des EU-Vergaberechts zur Förderung nachhaltiger öffentlicher Auftragspolitik und	Annahme	Wirtschaftspolitik

		Änderung des Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetzes auf österreichischer Ebene	mehrheitlich	
13		Aktive Rolle der ÖIAG für Industrie- und Infrastrukturpolitik	Annahme mehrheitlich	Wirtschaftspolitik
14		Keine Erhöhung der Beimischung von Biodiesel und Bioethanol – Agrartreibstoffe sind nicht die Lösung sondern ein Problem	Annahme mehrheitlich	Umwelt und Energie
15		Beim Beschluss der Änderungen der EG-Verordnung 3821/85 über das Kontrollgerät sowie der EG-Verordnung 561/2006 zur Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Straßenverkehr darf es zu keiner Verschlechterung der Sozialbedingungen für LenkerInnen kommen	Annahme mehrheitlich	Verkehr u Tourismus
16		Freie Verkehrsmittelwahl braucht auch gleiche Rechte für Bahn- und Buspendler/innen - Weiterentwicklung der Fahrgastrechte im Bahnverkehr und Schaffung von Fahrgastrechten für Buspendler/innen	Annahme einstimmig	Verkehr u Tourismus
17		Überprüfung eines Omnibusses auf Verkehrs- und Betriebssicherheit vor der ersten Fahrt und nach der letzten Fahrt ist Bestandteil der Arbeitszeit.	Annahme einstimmig	Verkehr u Tourismus
18		Für eine verantwortungsvolle Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik im Interesse Österreichs - Weitere Privatisierungen würden dem Staat hunderte Millionen Euro Verlust pro Jahr bescheren und tausende Arbeitsplätze kosten	Annahme mehrheitlich	Wirtschaftspolitik
19		Verpflichtende Berufsorientierungsausbildung für alle Lehrer/innen sowie die Studienwahlberatung in der Sekundarstufe II	Annahme einstimmig	Bildungspolitik
20		Alphabetisierung und Basisbildung: Ausbau des Angebotes und Existenzsicherung für die TeilnehmerInnen	Annahme mehrheitlich	Bildungspolitik
21		Angleichung der Lehrpläne der AHS-Unterstufe und der Neuen Mittelschule	Annahme mehrheitlich	Bildungspolitik
22		Neuer Fachhochschulplan ab 2013/14: Offensiver Ausbau für mehr Bildungschancen von Wiener ArbeitnehmerInnen	Annahme mehrheitlich	Bildungspolitik
23		Kein Mehrwertentgelt bei kostenpflichtigen Warteschleifen von Unternehmen	Annahme einstimmig	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
24		Gesetzliche Regelung für Pfandleihe	Annahme einstimmig	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
25		Überziehungszinsen auf Marktniveau für Konsumkredite senken	Annahme einstimmig	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
27		Neuregelung des Pendlerpauschales	Annahme mehrheitlich	Finanzpolitik
28		Soziale Verwaltungsverfahren	Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung u Gesundheitspolitik

		Zur Eindämmung von Rohstoffspekulationen ist eine neue Marktordnung für Finanzmärkte notwendig	Annahme mehrheitlich	Wirtschaftspolitik
29			Annahme mehrheitlich	Jugendschutz u. Lehrlingswesen
30		Keine "Expresslehre" für MaturantInnen	Annahme mehrheitlich	Allg. Sozialpolitik, Arbeitsrecht u. Rechtspolitik
1	ÖAAB/FCG	„Abfertigung neu“ – Anheben des Beitragssatzes	Zuweisung einstimmig	Sozialversicherung u. Gesundheitspolitik; Arbeitsmarkt-angelegenheiten u. Integration
2		Gesetzliche Rahmenbedingungen für altersgerechtes Arbeiten	Zuweisung einstimmig	Sozialversicherung u. Gesundheitspolitik
3		Höherversicherung im APG	Zuweisung einstimmig	Kommunal- u. Regionalpolitik
5		Bereitstellung von leistbaren altersgerechten Wohnformen für SeniorInnen mit Behinderung	Zuweisung einstimmig	Umwelt u. Energie
6		Kundennutzen und Nachhaltigkeit durch zeitnahes smart metering	Zuweisung mehrheitlich	Allg. Sozialpolitik, Arbeitsrecht u. Rechtspolitik
7		Förderung der Freiwilligenarbeit von ArbeitnehmerInnen	Zuweisung einstimmig	Arbeitsmarktangelegenheiten u. Integration
9		Deutschkurse für MigrantInnen im „Grätzel“	Annahme mehrheitlich	Wirtschaftspolitik
11		Reform ORF-Gesetz – Streichung des § 31 Abs 13 (1)	Zuweisung mehrheitlich	Bildungspolitik
13		Tägliche Turnstunde	Annahme einstimmig	Kommunal- u. Regionalpolitik
14		Verlängerung der Schnellbahnlinie S45 zum Praterkai	Zuweisung einstimmig	Wirtschaftspolitik, Bildung u. Kultur
16		Zeitgemäßes Urheberrecht und Schutz geistigen Eigentums	Zuweisung mehrheitlich	Kommunal- u. Regionalpolitik
19		Kombiticket	Zuweisung einstimmig	Arbeitsmarktangelegenheiten u. Integration
20		Maßnahmen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit in Wien	Zuweisung einstimmig	Konsumentenschutz u. Konsumentenpolitik
4	FA	EU-weites Nein zur Gentechnik	Zuweisung einstimmig	Konsumentenschutz u. Konsumentenpolitik
6		Härtere Strafen gegen Telefonkletter	Zuweisung	Konsumentenschutz u.

						Konsumentenpolitik
7	Kein Ausverkauf des weißen Goldes!				Zuweisung einstimmig	Umwelt u Energie
8	Keine Nulllohnrunde				Zuweisung einstimmig	Allg. Sozialpolitik, Arbeitsrecht u Rechtspolitik
10	Abschlagszahlungen für diskriminierte Pensionsbezieher				Zuweisung mehrheitlich	Sozialversicherung u Gesundheitspolitik
12	Sparen bei der Werbung – nicht beim Personal!				Zuweisung mehrheitlich	Kommunal- u Regionalpolitik
AUGE/JUG	Betriebsrat in die Berufungskommissionen der Universitäten				Zuweisung mehrheitlich	Allg. Sozialpolitik, Arbeitsrecht u Rechtspolitik
3	Aufhebung der ProfessorInnenmehrheit in den Berufungskommissionen der Universitäten				Annahme mehrheitlich	Bildungspolitik
4	Anhebung der Ausgleichstaxzahlung				Zuweisung mehrheitlich	Allg. Sozialpolitik, Arbeitsrecht u Rechtspolitik
6	"Beschäftigungstherapie" muss im System der sozialen Sicherung verankert werden				Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung u Gesundheitspolitik, Allg. Sozialpolitik, Arbeitsrecht u Rechtspolitik
7	Lehrlingsentschädigung statt Ausbildungsbeihilfe				Zuweisung einstimmig	Jugendschutz u Lehrlingswesen
8	Rechtsmittel zur Einhaltung der Vereinbarung über die bedarfsorientierte Mindestsicherung				Zuweisung mehrheitlich	Allg. Sozialpolitik, Arbeitsrecht u Rechtspolitik
9	Recht auf Invaliditätspension auch für Personen ohne Berufsschutz				Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung u Gesundheitspolitik
10	Keine Bezirksstellenschließungen der Wiener Gebietskrankenkasse				Zuweisung einstimmig	Sozialversicherung u Gesundheitspolitik
11	Gleichbehandlung aller ArbeitnehmerInnen im Falle einer diagnostizierten Burnout Erkrankung durch die Sozialversicherungsträger				Annahme mehrheitlich	Sozialversicherung u Gesundheitspolitik
13	Vertretungskompetenz der Personalvertretung der Stadt Wien und verpflichtende Betriebsvereinbarungen im Fall von Leih- bzw. ZeitarbeitnehmerInnen				Zuweisung einstimmig	Allg. Sozialpolitik, Arbeitsrecht u Rechtspolitik
15	Schluss mit dem Angriff auf den Kollektivvertrag grafisches Gewerbe! Nein zum Missbrauch demokratischer Rechte der Belegschaft durch Arbeitgeber!				Annahme mehrheitlich	Allg. Sozialpolitik, Arbeitsrecht u Rechtspolitik
16	Strengere Regulierung des Einsatzes bioaktiver Aluminium-Verbindungen in Kosmetikprodukten und Arzneimitteln				Zuweisung einstimmig	Sozialversicherung u Gesundheitspolitik

		Glutamat Grenzwert	Annahme mehrheitlich	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
GA	1	Glutamat Grenzwert	Annahme mehrheitlich	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
	2	Glutamat Deklarationspflicht	Annahme mehrheitlich	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
	3	Lebensmittelkontrolle	Zuweisung einstimmig	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
	4	Technische Hilfsmittel	Annahme mehrheitlich	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
	5	Antibiotika in der Fleischproduktion	Zuweisung einstimmig	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
	7	Radfahrwege-Benützungspflicht	Zuweisung mehrheitlich	Verkehr u Tourismus
	8	Radfahrkennzeichen	Annahme mehrheitlich	Verkehr u Tourismus
	11	Einvernehmliche Kündigung - Rücktrittsrecht	Zuweisung mehrheitlich	Allg. Sozialpolitik, Arbeitsrecht u Rechtspolitik
	14	Speisekarten - Kennzeichnung	Zuweisung mehrheitlich	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
	15	Fahrradmitnahme ÖBB	Annahme mehrheitlich	Verkehr u Tourismus
Liste Perspektive	4	Verleihung einer Niederlassungsbewilligung an Studenten mit uneingeschränkter Beschäftigungsbewilligung bzw. Arbeitserlaubnis	Zuweisung mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
BM	1	Kostenkontrolle der Mobilfunkservices transparenter machen	Annahme mehrheitlich	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
	2	Gegen Verbot der Muttersprache	Annahme mehrheitlich	Bildungspolitik
	3	Abschaffung der Sonderschulen	Zuweisung mehrheitlich	Bildungspolitik
GLB	1	Anhebung des amtlichen KM-Geldes	Zuweisung mehrheitlich	Finanzpolitik
	2	Betrieblicher Datenschutzbeauftragter	Annahme mehrheitlich	Allg. Sozialpolitik, Arbeitsrecht u Rechtspolitik
	3	35-Stunden-Woche	Zuweisung mehrheitlich	Allg. Sozialpolitik, Arbeitsrecht u Rechtspolitik

			Zuweisung mehrheitlich	Allg. Sozialpolitik, Arbeitsrecht u Rechtspolitik
4	Gesetzlicher Mindestlohn		Zuweisung mehrheitlich	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
TÜRK-IS	2	Ausweitung der verpflichtenden Gesundheitswarnungen auf alkoholischen Getränken	Zuweisung mehrheitlich	Konsumentenschutz u Konsumentenpolitik
	3	Auszeichnung von nährwertbezogene Angaben auf Menükarten und Bestellkarten	Zuweisung einstimmig	Sozialversicherung u Gesundheitspolitik
KOMINTERN	1	Für Erhalt und ausreichende Finanzierung des Anton-Proksch-Instituts - Wiedereröffnung der Alkoholambulanz, keine Privatisierung des AP!	Zuweisung einstimmig	Allg. Sozialpolitik, Arbeitsrecht u Rechtspolitik; Sozialversicherung u Gesundheitspolitik
	4	Sicherstellung der SV-Beiträge in der Bauwirtschaft	Zuweisung einstimmig	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
B DFA	1	Ergänzung der neuen Bleiberechtsregelung: Für eine zwingende Einbeziehung der KommunalpolitikerInnen in die Entscheidungen für den Erhalt eines Aufenthaltsrechtes	Zuweisung mehrheitlich	Arbeitsmarktangelegenheiten u Integration
	2	Für ein Vorziehen der Umsetzung der neuen Bleiberechtsregelung	Zuweisung mehrheitlich	Kommunal- u Regionalpolitik
Gemeinsame Anträge	1	Gemeinsame Lösungen für PendlerInnen in der Ostregion	Annahme einstimmig	
Dringliche Anträge u Resolutionen				
AUGE/JUG	1	NEIN zur verpflichtenden Umsetzung von Strukturreformen (länderspezifischen Empfehlungen der Europäischen Kommission) im Rahmen des Europäischen Semesters!	Annahme mehrheitlich	EU u Internationales
→ einstimmig angenommen				

2.4 Änderungen in den Ausschüssen

Beschluss:

Der Vorstand beschließt folgende Änderungen in den Ausschüssen:

Ausschuss 1

**Allgemeine Sozialpolitik,
Arbeitsrecht und
Rechtspolitik**

neues Ersatzmitglied Niederpold Gabriele ÖAAB anstelle: Sensenbrenner Hans

Ausschuss 3

**Sicherheit, Gesundheit und
Arbeit**

neues Ersatzmitglied Niederpold Gabriele ÖAAB anstelle: Puhm Michaela

Ausschuss 4

**Arbeitsmarktangelegenheiten
und Integration**

neues Mitglied Steinkellner Willibald FSG anstelle: Bacher-Lagler Norbert
neues Ersatzmitglied Dyduch Peter anstelle: Steinkellner Willibald

Ausschuss 5

EU und Internationales

neues koopt. Ersatzmitglied Pörtl Friedrich ÖAAB anstelle: Sensenbrenner Hans

Ausschuss 7

Finanzpolitik

neues Ersatzmitglied Bilek Walter ÖAAB anstelle: Traunwieser Robert

Ausschuss 11

**Konsumentenschutz und
Konsumentenpolitik**

neues koopt. Ersatzmitglied Farnik Christine ÖAAB anstelle: Puhm Michaela

Ausschuss 12

**Rechtsschutz und
Rechtsberatung**

neues Mitglied und AVorsStv Bauer- Albrecht Regina ÖAAB anstelle: Puhm Michaela
neues Ersatzmitglied Fischer Gerhard anstelle: Pörtl Friedrich

Ausschuss 12

**Rechtsschutz und
Rechtsberatung**

neues koopt. Mitglied Wagner Leopold ÖAAB anstelle: Bauer-Albrecht Regina
neues koopt. Ersatzmitglied Farnik Christine anstelle: Wagner Leopold

Ausschuss 14

Umwelt und Energie

neues Ersatzmitglied Fischer Gerhard ÖAAB anstelle: Sensenbrenner Hans

Ausschuss 15

Verkehr und Tourismus

neues koopt. Ersatzmitglied Rasch Thomas ÖAAB anstelle: Hoch Alfred

Ausschuss 16

Wirtschaftspolitik

neues koopt. Mitglied Fischer Gerhard ÖAAB anstelle: Traunwieser Robert

neues koopt. Ersatzmitglied Kaltenbeck Gerhard anstelle: Tamandl Gabriele

⇒ einstimmig angenommen

2.5 Änderungen in den Fachausschüssen

Beschluss:

Der Vorstand beschließt folgende Änderungen in den Fachausschüssen:

Tischler und verwandte Berufe (GBH)

Mitglied neu Mitglied ausgeschieden

Acker Franz Sehnal Kurt

Ersatzmitglied ausgeschieden

Acker Franz

⇒ einstimmig angenommen

3 Berichte

3.1 Bericht des Präsidenten

Tumpel berichtet, dass die aktuelle Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt eine Fortsetzung des Abwärtstrends der letzten Monate zeigt. Eine Zuspitzung gibt es bei den älteren Arbeit Suchenden. Während einerseits der Zugang zur Pension immer schwieriger wird, sind die Unternehmen andererseits weiterhin nicht bereit, älteren ArbeitnehmerInnen faire Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu geben. Es wird immer ein noch weiteres Hinaufsetzen des Pensionsalters gefordert, aber in der Realität geben die Betriebe Älteren gar keine Chance um eine Arbeit zu bekommen. Unternehmen sollen künftig für verantwortungsloses Arbeitsmarktverhalten einen Malus zahlen. Die faktische Altersdiskriminierung in der Beschäftigungspraxis eines Großteils der Betriebe muss Konsequenzen haben. Deshalb tritt die AK u.a. für einen Malus für Unternehmen mit unterdurchschnittlichem Anteil an älteren ArbeitnehmerInnen, einen weiteren Ausbau der Bildungskarenz und Ausbau von Qualifizierungsmaßnahmen vor allem für Menschen mit fehlenden Bildungsabschlüssen und für eine Unterstützung des Berufsumstiegs für Menschen mit besonders belastenden Arbeitsbedingungen und bei gesundheitlichen Einschränkungen ein.

⇒ Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3.2 Bericht des Direktors - Muhm

Muhm verweist einleitend auf den in den Unterlagen befindlichen Artikel der NZZ, in welchen die Kammern kritisiert und falsche Behauptungen aufgestellt wurden. Es konnte – was bei der NZZ nicht gerade leicht ist - eine Gegendarstellung erwirkt werden.

Muhm berichtet anschließend über die Ankündigung des Rechnungshofes eine Beteiligung der AK Vorarlberg prüfen zu wollen. Nach der Rechtsansicht der BAK steht dem RH keine Prüfungskompetenz zu. Im Einvernehmen mit der AK Vorarlberg erklärte sich die BAK jedoch bereit im konkreten Fall eine Prüfung zuzulassen. Dies wurde dem Rechnungshof in dieser Form auch kommuniziert.

Abschließend verweist der Direktor auf den am 6.11.2012 stattfindende Sitzung des Bauausschusses, in welcher es um den Neubau des AK-Wohnhauses in der Plösselgasse geht.

⇒ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

3.3 Beratung – Trenner

Trenner berichtet nach der den Vorstandsmitgliedern zugegangenen Unterlage über eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes zur Frage der Kündigung während der Elternteilzeit. Es war dies ein von der Arbeiterkammer Wien vertretener Rechtsschutzfall. Der Leitsatz dieser Entscheidung lautet: „Unterlässt es der Dienstgeber, entgegen den Vorgaben des Mutterschutzgesetzes, über die Lage der Teilzeitbeschäftigung einer Dienstnehmerin zu verhandeln, ist ihm ihre Weiterbeschäftigung nicht schon deshalb unzumutbar, weil er sie nicht zu den von ihr gewünschten Zeiten einsetzen kann. Einer Kündigung der Dienstnehmerin ist in einem derartigen Fall keine gerichtliche Zustimmung zu erteilen.“ Die Arbeiterkammer Wien vertritt die Arbeitnehmerin nunmehr in den weiteren Verhandlungen betreffend die Änderung der Elternteilzeit. Weiters wurde der Arbeitgeber aufgefordert, sein diskriminierendes Verhalten zu unterlassen, widrigenfalls die Gleichbehandlungskommission angerufen und rechtliche Schritte eingeleitet werden. Angesichts der eklatanten Diskriminierung der Arbeitnehmerin wird seitens der Arbeiterkammer Wien/Abteilung Rechtsschutz auch in Betracht gezogen, den Fall an die Medien heranzutragen. In der Angelegenheit wurde zwischenzeitlich auch mit der Gewerkschaft PRO-GE Kontakt aufgenommen und es stellte sich heraus, dass die AGO mit diversen Klagen gegen die Errichtung eines Betriebsrats vorgeht. Offenbar versucht der Arbeitgeber mit allen Mitteln Dienstverhältnisse, welche unter besonderem Kündigungsschutz stehen, in seinem Betrieb zu verhindern. Die gegenständliche OGH-Entscheidung wurde unter der GZ 9 Oba 91/12s im Rechtsinformationssystem des Bundeskanzleramtes (RIS) sowie auf der Homepage des OGH veröffentlicht.

⇒ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

3.4 Bildung – Aschauer-Nagl

Aschauer-Nagl behandelt einleitend die von der AK und der WKÖ gemeinsam in Auftrag gegebene Studie „Analyse der Datengrundlage zum künftigen Qualifikationsangebot und –bedarf in Österreich“. Beweggrund für die Beauftragung war das Außer-Streitstellen bestimmter Daten zur Qualifikationssituation jetzt und wichtiger noch zum Bedarf in der Zukunft. Auftragnehmer waren WIFO und IHS. Die Studie besteht aus drei Modulen. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass diese Studie die Positionen der AK eindrücklich bestätigt, sowohl was die Notwendigkeit der Förderung höherer Ausbildungen, einer qualitativ hochwertigen Fachausbildung, einer mutigen, vorausschauenden Integrationspolitik und des lebensbegleitenden Lernens betrifft. Auch der Bericht "Education at a Glance 2012" bestätigt die wichtigsten Forderungen der Arbeiterkammer zur

Bildungsreform wie die Zusammenführung von Neuer Mittelschule und Unterstufe der Gymnasien in eine gemeinsame Schule bester Qualität, den zügigen Ausbau der ganztägigen schulischen Betreuung, das kostenlose Nachholen sämtlicher Bildungsabschlüsse bis zur Matura und eine ausreichende Finanzierung der Universitäten, den Ausbau der Fachhochschulen und die Verbesserung des Studienbeihilfensystems. Die Befunde der "Studierenden - Sozialerhebung 2011" belegen - wie **Aschauer-Nagl** ausführt - erneut den Reformbedarf des Beihilfensystems. Diesbezüglich erfolgte auch eine Presseaussendung der AK unter dem Titel „Studienbeihilfen erhöhen und ausbauen“. Gefordert wurden/werden eine Valorisierung, eine Reform der Einkommensberechnung (Anhebung der Freibeträge) sowie eine Erhöhung der Altersgrenze für SelbsterhalterInnen. Für die weitere Konkretisierung der AK-Forderungen werden die Ergebnisse einer laufenden Evaluierung der Studienförderung nützlich sein. Der Bericht dazu soll noch heuer fertiggestellt werden. Die AK ist allerdings nicht in das Projekt eingebunden. Gleiches gilt für die Arbeitsgruppe der Hochschulkonferenz zum Thema „soziale Lage der Studierenden“. Es erfolgte daher ein entsprechendes Schreiben von Präsident Tumpel an Bundesminister Töchterle.

Eingehend auf Kommunales macht die Bereichsleiterin auf die Studie „Qualität im Arbeitsumfeld- Standortfaktor Zufriedenheit“ aufmerksam. Die Studie untersucht qualitativ bedeutsame Aspekte und Anforderungen aus Sicht der Beschäftigten in vier exemplarischen, überwiegend betrieblich genutzten Stadtgebieten. Als Untersuchungsgebiete wurden das Industriegelände Liesing im 23. Bezirk, Siemens-Allissen im 21. Bezirk, das Betriebsgebiet Geiselberg im 11. Bezirk und der Standort Viertel 2 im 2. Bezirk ausgewählt. Ein zentraler Teil der Studie war die Erstellung von qualitativen Interviews mit ArbeitnehmerInnen und MultiplikatorInnen (z.B. BetriebsrätInnen).

Die Frage, in welcher Form Leistungen der sogenannten „Daseinsvorsorge“ erbracht werden sollen, wird nun wieder kontrovers und emotional diskutiert. Nicht zuletzt deshalb fand am 15.10.2012 im BIZ der AK Wien die, von der Abteilung Kommunalpolitik organisierte Veranstaltung: „Kommunaler Ausverkauf – Von der Krise der Privatisierung“, statt. Die Teilnahme von mehr als 200 Personen zeigte, dass das Thema mehr als aktuell ist. Die Veranstaltung hatte den Charakter einer Fachtagung. Zentrales Anliegen war es, möglichst praxisnah, Folgewirkungen von Liberalisierungs- und Privatisierungsmaßnahmen in diversen Bereichen der kommunalen Leistungen (Wohnen, öffentlicher Nahverkehr, Wasser-, Energie- und Gesundheitsversorgung) kritisch zu analysieren. Es wurde dabei sowohl auf wissenschaftlicher als auch auf politischer Ebene angesetzt.

Konsumentenpolitisch gelang es der AK - wie **Aschauer-Nagl** berichten konnte - deutlich mehr Transparenz bei AGB- oder Preisänderungen von Telekomanbietern durchzusetzen. Bezüglich des "Richtlinienvorschlag Wohnimmobilienkredit" der EU-Kommission hat die BAK 2011 eine grundsätzliche Stellungnahme abgegeben und hat laufend an Sitzungen im BMJ teilgenommen, das einen österreichischen Standpunkt für die EU-Ratsarbeitsgruppen erstellt hat. Die Kernaussage der österreichischen Position im Rat war, dass Österreich den RL-Vorschlag ablehnt und die bestehenden Regelungen des Verbrauchercreditgesetzes weiterhin auf Wohnimmobilienkredite anwenden möchte. Abschließend kann die Bereichsleiterin berichten, dass am 25. September 2012 die AK-Veranstaltung „Lehrling und Konsum: Freiheit oder Schuldenfalle?“, im Berufsinformationszentrum, stattfand. Im Rahmen dieser Nachmittagsveranstaltung mit Referaten zum Thema und einer abschließenden Podiumsdiskussion (mit Vertretern der AK, ÖGB, Schuldnerberatung, einer Bank sowie aus der Jugendkulturforschung) wurden soziologische Aspekte des Konsumverhaltens von Jugendlichen im Allgemeinen, aber auch die ökonomisch-finanziellen Belange des Konsums von Lehrlingen im Besonderen erörtert. Der Anlass für diese Veranstaltung war eine von der AK Wien durchgeführte Befragung von insgesamt 511 Lehrlingen an den Wiener Berufsschulen, die bei der Veranstaltung präsentiert wurde und als Diskussionsgrundlage diente. Die Befragung und die Veranstaltung war ein

gemeinsames Projekt der Abteilung Lehrlings- und Jugendschutz sowie der Konsumentenpolitischen Abteilung der AK Wien.

Kludak betont, dass bei der Standortqualität sowohl der öffentliche wie auch der Individualverkehr wichtig sind um eine optimale Erreichbarkeit der Arbeitsstätten zu erreichen. Er muss feststellen, dass dies nicht überall gewährleistet ist und dies massive Probleme mit sich bringt, welche durch das „Parkpickerl“ noch verschärft werden. **Fetik** fragt nach einer geschlechtsspezifischen Auswertung in der Sozialerhebung über die Studierenden und verweist bezüglich der Standortqualität auf die geschlechtsspezifisch unterschiedlichen Anforderungen bezüglich der Erreichbarkeit der Arbeitsstätten durch unterschiedliche Arbeitszeiten. **Aschauer-Nagl** verweist in Bezug auf Aspern auf die gelungene Anbindung an den öffentlichen Verkehr. Ohne auf die politische Diskussion zum „Parkpickerl“ einzugehen berichtet die Bereichsleiterin, dass diesbezüglich eine Evaluierung durch die Stadt Wien stattfindet, in welcher die AK eingebunden ist. Sie wird versuchen die von **Fetik** geforderten geschlechtsspezifischen Daten in der Studierenden-Erhebung nachzureichen. Bezüglich einer geschlechtsspezifischen Anforderung und deren Auswertung von Standortqualität wird sich die Bereichsleiterin erkundigen, jedenfalls wird versucht werden dem Anliegen von **Fetik** in Zukunft Rechnung zu tragen.

⇒ **Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.**

3.5 Information - Ficzko

Ficzko verweist einleitend auf das neue Weiterbildungsangebot der AK Wien gemeinsam mit dem ÖGB, welches nun schon rund 300 Seminare umfasst. Weiters berichtet der Bereichsleiter über den 11. Lehrgang der BRAK, dessen Ausschreibung bereits erfolgt ist und erwähnt den Sonderpreis für Kommunikation, den die SOZAK gemeinsam mit der Frankfurter Akademie der Arbeit bekommen hat. Abschließend erwähnt **Ficzko** die Bemühungen der AK gemeinsam mit den Gewerkschaften Kontakt zu jenen 2500 KollegInnen zu halten, die die AK bei der letzten AK-Wahl unterstützten, damit sie für die AK-Wahl 2014 wieder Hilfe leisten. So konnten sehr erfolgreiche Veranstaltungen im Volkstheater durchgeführt werden, die auch 2013 fortgesetzt werden.

Pörtl fragt den Direktor, wann die AK wieder den Wirtschaftsprüfer wechseln wird, worauf **Muhm** erinnert, dass vor zwei Jahren gewechselt wurde. Er bekennt sich zur Rotation von Wirtschaftsprüfern. Grundsätzlich ist daran gedacht sie alle fünf Jahre zu wechseln, zumal eine entsprechende Einarbeitung in das spezifische AK-Zahlen- und Regelwerk (Haushaltsordnung etc.) notwendig ist.

⇒ **Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

3.6 Soziales – Kundtner

Kundtner greift aus ihren schriftlich vorliegenden Unterlagen den Bericht zum Entwurf eines 2. Sozialversicherungs-Änderungsgesetzes 2012 heraus und berichtet, dass der Entwurf einerseits eine Reihe von Rechtsbereinigungen sowie Anpassungen in verschiedenen Bereichen des Sozialversicherungsrechtes enthält, sowie andererseits schwerpunktmäßig die gesetzliche Unfallversicherung sowie die Einführung einer Unterstützungsleistung für Selbständige bei lang andauernder Krankheit sozialpolitisch in den Mittelpunkt stellt. Positiv zu bewerten sind die Änderungen im Bereich des Berufskrankheitenrechts, weil damit teilweise schon jahrelang bestehende Forderungen der AK erfüllt werden. Auch der Entfall der jährlichen Leistungsinformation der Versicherten in Papierform ist zu begrüßen. Die Information wird in Zukunft nur noch auf ausdrücklichen Wunsch der Versicherten weiterhin papiermäßig versendet, ist ansonsten auf

elektronischen Weg abrufbar. Problematisch erscheint die vorgesehene Verwaltungsvereinfachung im Bereich der Kostenvorschreibung für die e-card, die nunmehr nicht mehr für mitversicherte Anspruchsberechtigte eingehoben werden soll. Stattdessen ist eine jährliche Valorisierung des Service-Entgelts vorgesehen. Es ist sozialpolitisch durchaus nachvollziehbar, dass selbständig Erwerbstätige in Klein- und Mittelbetrieben (bis zu 25 Beschäftigte) bei einer länger dauernden Erkrankung finanzielle Unterstützung benötigen. Dass jedoch die dafür veranschlagten 19,3 Mio Euro aus Mittel der AUVA aufgebracht werden sollen, ist abzulehnen. Die vorgesehene Änderung stellt eine systemwidrige Querfinanzierung von Leistungen selbständiger Erwerbstätiger und überdies ein sozialpolitisch zielungenaues „Körpergeld“ für Selbständige dar und erschwert, dass die in Zukunft benötigten Mittel für eine verstärkte Prävention arbeitsbedingter Erkrankungen durch die Unfallversicherung zur Verfügung stehen. Die AK fordert daher eine gesetzliche Grundlage für die Prävention arbeitsbedingter Erkrankungen durch die Unfallversicherungsträger. Zu begrüßen ist auch die Ermöglichung kostendeckender Kieferregulierungen in Kassenambulatorien. Kritisch zu betrachten ist, dass die Zahl der Zahnbehandlungsstühle nicht erhöht werden kann.

Anschließend erläutert die stellvertretende Direktorin den von ExpertInnen der Sozialversicherungsträger und des Hauptverbandes, Sozialpartner, BetriebsrätInnen im Hauptverband am 24.10.2012 diskutierte "Fehlzeitenreport" (FZR), der seit 2007 alljährlich für unselbständig Beschäftigte in Österreich erstellt wird. Der Fehlzeitenreport 2012 beschäftigt sich in seinem Spezialteil mit dem Zusammenhang zwischen Unternehmenskultur und deren Auswirkungen auf den Krankenstand. Im Vergleich zum Jahr 2011 zeigt sich ein leichter Anstieg der gesundheitsbedingten Fehlzeiten. Waren die unselbständig Beschäftigten im Jahr 2010 durchschnittlich 12,9 Tage im Krankenstand, so waren sie im Vorjahr 13,2 Tage krankgemeldet. Eine langfristige Betrachtung zeigt jedoch, dass wir uns derzeit auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau bewegen: in den Jahren 1990 und 2000 waren die Beschäftigten durchschnittlich 15,2 bzw 14,4 Tage im Krankenstand. Was die Dauer der Krankenstände betrifft, ist festzustellen, dass die Kurzkrankenstände (bis zu 3 Tagen krankgemeldet) weiter zunehmen und mittlerweile 35% aller Krankenstände ausmacht (1990 lediglich 16,4%). Die für den FZR durchgeführte empirische Untersuchung anhand von aussagekräftigen österreichischen (Österreichischer Arbeitsklimaindex und Arbeitsgesundheitsmonitor) und europäischen Daten (European Working Conditions Survey) lassen einen klaren Zusammenhang zwischen Krankenstandstagen der Beschäftigten und Elementen wie Führungsqualität sowie soziale Unterstützung und Gratifikation erkennen. Daraus ergeben sich Forderungen der AK wie etwa zu mehr Prävention und Gesundheitsförderung im österreichischen Gesundheitswesen, einer Verbesserung der psychosozialen Versorgung und der Rehabilitation vor Pension und Pflege. Neben dem Ausbau der betrieblichen Gesundheitsförderung ist es notwendig, niederschwellige Angebote wie „fit2work“ auszubauen um die physische und psychische Gesundheit am Arbeitsplatz rechtzeitig zu fördern um einem möglichen Verlust des Arbeitsplatzes entgegen wirken zu können. Im Bereich der psychosozialen Versorgung wurde in einer Studie des Hauptverbandes eine gravierende Unter- und Fehlversorgung festgestellt. Hier sind Maßnahmen zur Verbesserung der Versorgungslage zu ergreifen. Sinnvoll wäre darüber hinaus ein Rechtsanspruch auf Maßnahmen der medizinischen Rehabilitation auch für jene Personen, die keinen Pensionsantrag gestellt haben und dies auch nicht tun wollen. Zum einen ist der Übergang von Krankenbehandlung zur medizinischen Rehabilitation ein fließender, zum anderen muss es in Zukunft ein Gesamtpaket für all jene geben, die gesundheitliche Beeinträchtigungen bereits haben, aber noch keinen Antrag auf eine Pension wegen geminderter Arbeitsfähigkeit stellen wollen bzw können. Die Sozialpartner haben in Bad Ischl ein Sozialpaket zur Vorbeugung von Pensionen geschnürt, das in wichtigen Punkten (Bonus/Malus-System, Prävention) noch immer nicht umgesetzt wurde. Hier besteht ein erheblicher Nachholbedarf.

Zum Berichtspunkt Fehlzeitenreport entwickelt sich eine rege Diskussion, in welcher **Stranzl** um eine von **Kundtner** nachzureichenden Liste der Berufskrankheiten ersucht, **Kludak** und **Tumpel** auf den

besorgniserregenden verstärkten Arbeitsdruck hinweisen, der zu vermehrten Kurzzeitkrankenständen führt, da die ArbeitnehmerInnen versuchen rasch wieder – oftmals durch medikamentöse Behandlung – in die Arbeit zurück zu kehren. **Fetik** ersucht die Entwicklung von Arbeitszeit und Arbeitsverdichtung in Zusammenhang mit den Fehlzeiten zu untersuchen. **Kundtner** berichtet, dass die Krankenkassen keine arbeitszeitbereinigten Daten haben. Die UV hat jedoch zugesagt entsprechende branchenweite Untersuchungen durchzuführen.

➔ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

3.7 Wirtschaft – Chaloupek

Chaloupek erläutert mit Verweis auf die den Vorstandsmitgliedern zugegangenen Unterlagen die aktuelle WIFO-Prognose für Österreich. Das WIFO konnte aufgrund des starken ersten Quartals seine BIP-Wachstumsprognose für 2012 mit 0,6 Prozent unverändert lassen. Durch die kräftige Abkühlung der internationalen Konjunktur musste die Prognose für 2013 um 0,3 Prozentpunkte auf 1,0 Prozent reduziert werden. Die ungünstigen Wirtschaftsaussichten führen zu einem weiteren Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Der Verbraucherpreisanstieg bleibt bei knapp über 2 Prozent. Die Unsicherheit bleibt sehr hoch, den Abwärtsrisiken aus dem internationalen Umfeld stehen allerdings auch einige inländische Aufwärtsrisiken gegenüber. Das Wachstum der Weltwirtschaft schwächte sich nach einer Belebung zu Jahresbeginn 2012 im weiteren Jahresverlauf deutlich ab, wofür die Entwicklung im Euro-Raum nur teilweise ursächlich war. Auch viele Industrieländer außerhalb des Euro-Raumes sowie einige bedeutende Schwellenländer leiden unter Ungleichgewichten oder wachstumshemmenden Friktionen. Während für die USA, wo eine entschlossene expansive Wirtschaftspolitik das Wachstum unterstützt, für 2012 und 2013 BIP-Wachstumsraten von 2,2 bzw 1,8 Prozent vorhergesagt werden, befindet sich der Euro-Raum seit dem dritten Quartal 2011 praktisch in einer Rezession. Die von Unsicherheit geprägte Binnennachfrage wird durch umfangreiche budgetpolitische Konsolidierungsmaßnahmen weiter gedämpft. Allerdings bleibt die Lage innerhalb des Euro-Raumes weiterhin sehr unterschiedlich. Einige Kernländer wie Deutschland verzeichnen weiterhin positive Jahreswachstumsraten, während sich einige periphere Länder unter massivem Druck auf öffentliche Haushalte und durch die Finanzmärkte leiden und sich tief in der Rezession befinden. Auch wenn die österreichische Wirtschaft in den Jahren 2012 und 2013 zu den Wachstumsmotoren im Euro-Raum zählen wird, so kann sie sich – wie die Stagnation der Exporte seit Mitte 2011 zeigt – der internationalen Konjunkturschwäche nicht völlig entziehen. Dazu tragen die schwächelnde Wirtschaftsentwicklung in wichtigen Handelspartnerländern (Italien, Ungarn, Tschechien...) und insbesondere die umfangreichen Sparpakete in vielen EU-Ländern sowie die starke Zunahme der Unsicherheit bei privaten Haushalten und Unternehmen wegen der labilen Lage der Finanzmärkte und Banken entscheidend bei.

Die Abschwächung der Konjunktur schlägt sich merklich auf dem Arbeitsmarkt nieder. Zwar steigt die Beschäftigung weiter, doch die kräftige Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes steht einer Stabilisierung der Arbeitslosigkeit entgegen. Der markante Rückgang der Arbeitslosigkeit in der Phase kräftigerer Konjunktur von Herbst 2009 bis Mitte 2011 ist einem neuerlichen Anstieg gewichen. Dabei liegt das aktuelle Niveau der Zahl der Arbeitssuchenden (inkl Arbeitslose in Schulungsmaßnahmen) um mehr als 84.000 über jenem vor der Finanzkrise. Das WIFO erwartet für das Jahr 2012 eine Erhöhung der Zahl der Arbeitslosen auf durchschnittlich 261.000 (+14.000 gegenüber dem Vorjahr). Damit würde die Arbeitslosenquote auf 7,0 Prozent der unselbständigen Erwerbspersonen laut traditioneller österreichischer Berechnung bzw. auf 4,4 Prozent der Erwerbspersonen laut Eurostat wachsen. 2013 verschlechtert sich die Lage weiter, 278.000 Arbeitslose bedeuten eine Arbeitslosenquote von 7,4 Prozent nach nationaler Berechnung und 4,8 Prozent nach Eurostat, dazu kommen knapp 70.000 Arbeitssuchende in Kursmaßnahmen. Vor allem aufgrund der zunehmenden Beschäftigung wird das Budgetdefizit in den Jahren 2012 und 2013 mit 2,9 bzw 2,6 Prozent des BIP

unter der Maastricht-Grenze liegen, allerdings bestehen Abwärtsrisiken bezüglich Belastungen durch notverstaatlichte Banken und Unsicherheiten bezüglich der Wirksamkeit gewisser Konsolidierungsmaßnahmen. Die Risiken dieser Prognose liegen primär im internationalen Umfeld. Die scharfe Sparpolitik in der EU und die anhaltende Verunsicherung, die von der Finanz- und Bankenkrise ausgeht, trüben das Vertrauen der Konsumenten und der Unternehmen, sowohl im Finanzsektor als auch in der Realwirtschaft. Die Wirtschaftspolitik zeigt sich auf europäischer Ebene weiterhin nicht im Stande, Maßnahmen zu ergreifen, die im Rahmen eines glaubwürdigen Expansionsprogramms die gleichzeitige Verringerung von Staatsschulden und Arbeitslosigkeit ermöglichen. Allerdings existieren auch binnenwirtschaftliche Aufwärtsrisiken: so könnte der private Konsum durch die weiter wachsende Beschäftigung sowie durch eine weiterhin niedrige Sparquote kräftiger zulegen. Die Investitionen könnten durch die weiterhin günstigen Finanzierungsmöglichkeiten und durch die gute finanzielle Ausstattung der Unternehmen belebt werden.

→ Die Berichte werden zur Kenntnis genommen.

4 Allfälliges

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen schließt **Tumpel** die Sitzung um 12:05 Uhr.



Der Präsident



Der Direktor



Protokoll